

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/76

22. April 1976

Ein Rekord mit Verpflichtung

-----  
Anmerkungen zur deutschen Entwicklungspolitik

Von Erwin Stahl MdB

Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit  
der SPD-Bundestagsfraktion.

Seite 1 / 33 Zeilen

Zurück in die 50er Jahre!

-----  
CDU-Nachwuchs will von der DDR nichts wissen

Von Uwe-Karsten Heye

Stellv. Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 2 / 44 Zeilen

Solidarität: national und international

-----  
Feststellungen zum Wahlkampfprogramm der Jungsozialisten

Von Gerd Andres

Stellv. Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der  
Jungsozialisten in der SPD und Bundesjugendsekretär der  
IG-Chemie

Seite 3 / 46 Zeilen

Touristenboom 1976

-----  
Wirtschaftszeit Fremdenverkehr kann nicht klagen

Von Wolfgang Schwabe MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr der SPD-  
Fraktion

Seite 4 / 43 Zeilen

Strukturpolitik der CSU gescheitert

-----  
Einkommenegefälle zum Zonenrandgebiet weiter erhöht

Von Hans Günter Neumann

Mitglied der SPD-Fraktion des bayerischen Landtages

Seite 5 / 28 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckerl

6300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 126 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telefax: 08 66 648 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
6300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Ein Rekord mit Verpflichtung  
-----

Anmerkungen zur deutschen Entwicklungspolitik

Von Erwin Stahl MdB

Obmann der Arbeitsgruppe

wirtschaftliche Zusammenarbeit der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesrepublik Deutschland hat 1975 ihre finanziellen Anstrengungen bei der Zusammenarbeit mit der Dritten Welt auf eine bislang unerreichte Höhe gebracht. Öffentliche Entwicklungshilfe und private Leistungen haben erstmals in der zweiten Entwicklungsdekade die von den Vereinten Nationen erhobene Mindestforderung nach einem vH des Bruttosozialprodukts für die Dritte Welt überschritten. Deshalb war es richtig, daß der zuständige Bundesminister diese Runde nicht ohne Stolz kommentierte.

Dieser Erfolg eignet sich aus der Nähe gesehen aber nicht als Lorbeer, auf dem sich gut ausruhen läßt, er ist im Gegenteil eine zunehmende Verpflichtung.

Im Zeichen des allgemein erwarteten wirtschaftlichen Aufschwungs und einer verbesserten Finanzsituation nicht nur bei uns, sondern international, wird die Bundesrepublik künftig verstärkt an Leistungen gemessen werden, die sie in einem noch schwierigen Jahr wie 1975 aufzubringen im Stande war. Der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit für 1976 ist natürlich noch geprägt von der wirtschaftlichen und finanziellen Lage im letzten Jahr.

Es ist zwar heute noch nicht zu übersehen, ob die privaten Leistungen in und für die Dritte Welt unter dem Niveau von 1975 bleiben werden, aber klar ist leider auch, daß der Sar-Ansatz für die öffentliche Entwicklungshilfe im Haushalt 1976 niedriger ist als es wünschenswert sein kann. Dieser Trend zu kleineren Zahlen, der in der mittelfristigen Finanzplanung bis 1979 weitergezeichnet worden ist, kann nicht so bleiben und er muß es bei sachlicher Abwägung der Prioritäten auch nicht.

Alle Welt spricht gerade in den letzten Monaten von der notwendigen Solidarität mit den Entwicklungsländern. In einer Zeit wirtschaftlicher Erholung, die von der Bundesregierung angekündigt und herbeigeführt worden ist, kann dieser Schritt eher getan werden als in einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten auf der ganzen Welt. Dieses Argument sollte bei der Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt werden, und es sollte in keinem Falle nur ein Lippenbekenntnis bleiben. Gerade die Bundesrepublik Deutschland kann bei der Entkämpfung des gespannten Nord-Süd-Verhältnisses eine nicht unwesentliche Rolle spielen. (-/22.4.1976/ve/e/pr)

+ + +

Zurück in die 50er Jahre !

CDU-Nachwuchs will von der DDR nichts wissen

Von Uwe-Karsten Heye

Stellv. Sprecher des SPD-Vorstandes

In Springers "Die Welt", die manches skurriles Eckchen bereithält, war nachzulesen, wie sich der Landesverband Schleswig-Holstein der Jungen Union Politik, in Sonderheit Deutschlandpolitik, vorstellt. Die Kieler Junge Union, so wurde den "Welt"-Lesern mitgeteilt, will "auf den Begriff DDR verzichten" und dafür in der Öffentlichkeit nur noch "vom anderen Teil Deutschlands" sprechen. Eine ganz neue Form der Verzichtspolitik? Gewiss nicht: Die Jungen Union-Christen denken lediglich konsequent! Denn wer "den Begriff" DDR nur in Gännefätschen erträgt, also die sogenannte DDR sagt, wie die CDU und natürlich die CSU und selbstverständlich "Die (ganze) Welt", für den ist es gewiß einfacher, auf den sogenannten Begriff "DDR" zu verzichten. Das erspart schließlich einiges.

Der andere Teil Deutschlands (DaTD), also der sogenannte DaTD, wird sich gewiß leichter in den Sprachgebrauch des einen (im Gegensatz zum anderen) Teil Deutschlands einpassen als der Vorschlag des christdemokratischen Ex-Kanzlers Kiesinger, der es - ohne rechten Erfolg - ja schon einmal mit "Phänomen" versuchte. Für manche wird indes der politische Anspruch der Kieler Jungen Union ein Phänomen sein. Doch wer hier in Rat- und Sprachlosigkeit verfällt, der sollte sich Trost bei Professor Dr. Karl Carstens holen, der während die Reise seines Partei-"Freundes" Walter Leisler Kiep in den DaTD, auch Unrechtstaat (Pardon!) Unrechtsteil genannt, als unerträglich empfand und entsprechend geißelte. Die Junge Union hatte gewiss auch diesen innerparteilichen Hader vor Augen als sie ihren Verzicht auf die DDR verkündete. Daß Leisler Kiep kürzlich in den DaTD zur Leipziger Messe reiste, soll hier nur der Chronistenpflicht wegen Erwähnung finden und natürlich auch in Solidarität mit den Kollegen vom Deutschlandfunk und der Deutschen Welle.

Dieses Beispiel wiederum macht so etwas wie Artverwandtschaft deutlich: Die forschen jungen Vorturner aus Kiel können mit der politischen Wirklichkeit ebenso wenig anfangen wie die Falken in Ost-Berlin. Beide eint Ignoranz, die mit dem ständigen Bohren dicker Bretter, wie Max Weber das nannte, was Politik sein sollte, nichts zu tun hat.

Doch sollte zur Rechtfertigung der Jungen Union gewiß hinzugefügt werden, daß ihr Kieler Beschluß ("dergleichen hat man aus Kreisen der Jugend in diesem Teil Deutschlands schon lange nicht vernommen": "Die Welt") viele geistige Väter hat. Wer die aussenpolitischen Ratschläge der Herren Strauß, Carstens, Kohl und Dregger ernst nimmt, und hier fühlen sich die Jungen Unionisten gewiss in der Pflicht, dem wird man nicht verübeln dürfen, daß er bereit ist, konsequenter zu denken als seine Väter: also auch mit Konsequenz ins politische Abseits. Springers "Welt" zollt dafür in einem "Zwischenruf" gleich zweimal Respekt.

Auf dem Marsch zurück in die 50er Jahre werden die Junge Union und die, die sie dazu verleiten, keine Weggefährten finden. Jedenfalls nicht in Europa. Aber was bedeutet das schon, wenn man "Die Welt" hinter sich weist.

(-/22.4.1976/Se/e/pr)

Solidarität: national und international

Feststellungen zum Wahlkampfprogramm der Jungsozialisten

Von Gerd Andres

Stellv. Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten  
in der SPD und Bundesjugendsekretär der JG Chemie

In der Springer-Presse wird die Wahlkampfaussage der Jungsozialisten beharrlich totgeschwiegen. Kein Wunder: "Welt" oder "Bild" geben sich nicht mit Dingen ab, die nicht in ihr Weltbild passen. Die Tatsache, daß die Jungsozialisten auch Konflikten mit der eigenen Partei nicht aus dem Weg gehen, bedarf sogar für Springer-Leser keines Hinweises mehr. Was fehlt, ist eine reißerische Schlagzeile. Z.B.: "Juso biß wehrloses Kind!"

Die Jungsozialisten werden unter dem Motto "Demokratischer Sozialismus - damit die Demokratie Zukunft hat" einen eigenständigen offensiven Wahlkampf führen. Sie werden deutlich machen, daß es zur Forderung "Freiheit durch Sozialismus" keine Alternative gibt. Sie werden klarstellen, daß die sogenannte Alternative von CDU/CSU im Wahlkampf "Freiheit oder Sozialismus" eine Leerformel ist, ebenso wie das Wort "Freiheit" aus dem Mund eines Unions-Politikers oft nur eine Leerformel ist. So bewiesen unter anderem durch die CDU/CSU-Bilderstürmer in der Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn, einem "Ort des Friedens" (CSU-Stücklen), bewiesen auch durch die Diffamierung Andersdenkender durch die CDU/CSU.

Die Jungsozialisten werden für die Verteidigung der Grundrechte eintreten, die die Reaktionären in der Bundesrepublik unnachgiebig einzuschränken versuchen, indem die Verfassung "CDU/CSU-individuell" interpretiert wird. Siehe als aktuelles Beispiel die Diskussion um das Wehrdienst-Gesetz. In insgesamt 22 Veranstaltungen in der Bundesrepublik werden die Jungsozialisten mit Gewerkschaftern und Künstlern auf die Sicherung, die Notwendigkeit der Sicherung der Freiheitsrechte hinweisen und vor autoritären Krisenlösungen warnen.

Die in den Beschlüssen des Dortmunder Jungsozialisten-Bundeskongresses verankerte noch stärkere Orientierung zur arbeitenden Jugend ist für die Jungsozialisten kein theoretischer Anspruch, sondern praktische Politik. Jungsozialisten kandidieren verstärkt als Gewerkschafter bei den im Mai stattfindenden Jugendvertreterwahlen. Sie treten für die Rechte der arbeitenden Jugend ein, was zahlreiche Initiativen, z.B. zum Jugendarbeitsschutz oder zur Reform der beruflichen Bildung, beweisen.

Die Jungsozialisten ringen um internationale Solidarität. Sie verknüpfen ihren Wahlkampf praktisch mit den für 1978 geplanten Direktwahlen für ein europäisches Parlament im EG-Bereich, indem sie ein sozialistisches Europa propagieren. Denn die Bundestagswahlen werden darüber entscheiden, ob die Bundesrepublik in Europa das werden soll, was Bayern schon heute in der Bundesrepublik ist: ein Hort des Provinzialismus und der Reaktion. Internationale Solidarität ist also bitter nötig.

Probleme wie Arbeitslosigkeit können nicht national gelöst werden. Internationale Solidarität bedeutet auch, daß diese Fragen gemeinsam aufgegriffen werden und nach Lösungen gesucht wird. Daß dies eine realistische Forderung ist, werden die Jungsozialisten im Mai beweisen. Im Rahmen eines Europa-Forums, zu dem Vertreter verschiedener sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien und Gewerkschafter eingeladen werden, sollen neue Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und koordinierte Anstrengungen diskutiert werden.

(-/22.4.1976/Se/e/pr)

### Touristikboom 1976

Wirtschaftszweig Fremdenverkehr kann nicht klagen

Von Wolfgang Schwabe MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr der SPD-Fraktion

Wer sich in politischer Verantwortung dem Tourismus verbunden und verpflichtet fühlt, freut sich einerseits über alle positiven Entwicklungen und beachtet andererseits alle Besorgnisse, die aus der Branche geäußert werden.

Wenn zum Beispiel eines der größeren Unternehmen, nämlich Kühne und Nagel, von 1974 auf 1975 die Milliardengrenze mit plus 9,1 vH deutlich überschritten hat und gleichzeitig seinen Rohertrag um 13,3 vH erhöhen konnte, dann freut man sich aufrichtig und ruft der Branche zu: "Weiter so!". Wenn man den Berichten über das Haus Neckermann entnimmt, daß angesichts gewisser Ertragsprobleme die Früchte des NUR-Reiseweigs spürbar positiv ins Gewicht fallen, dann freut man sich, daß der Tourismus hier wiederum in einer Großfamilie ein fleißiger Sproß ist.

Wenn der Airbus sich allmählich spürbar in den europäischen Flugzeugpark einreicht, dann ist dies ein erfreulicher Schritt auf dem Wege, aus europäischen Urlaubsausgaben zusätzlich europäische Arbeitsplätze zu sichern. Wenn die Touristik-Union-International TUI die Basisprovision der Vertragsagenturen von 8,5 vH auf neun vH anhebt, dann tut sie es, weil es sich lohnt und weil sie weitere Steigerungen erhofft.

Wenn laut Statistischem Bundesamt in acht von zehn Reiseländern der Bundesbürger mit dem stattlichen Wert seiner harten D-Mark valutamäßig begünstigt ist, dann ist dies für unsere Mitbürger eine erfreuliche Entwicklung. Wenn trotzdem die Ausländerbesuche und ihre Ausgaben in der Bundesrepublik gestiegen sind, dann spricht dies für das deutsche Leitungsniveau und ebenso für die wirkungsvolle Auslandswerbung der Deutschen Zentrale für Tourismus.

Wenn man den Industriestatistiken entnimmt, daß unsere Autoindustrie einen erstaunlichen Boom erlebt, und wenn man dann über Ostern sehen konnte, in wie bedrängender Masse die alten und die neuen Fahrzeuge dem Wahausflug und dem Ferntourismus dienen, freut man sich trotz der beklemmenden Verkehrs-sorge über die Belebung der Branche. Wenn die Bundesbahn große Mengen von Sonderzügen einsetzt, freut man sich, daß neben den Autofahrern auch noch genügend Menschen vom bedarfsgerechten Angebot unserer Eisenbahnen Gebrauch machen.

Wenn Berlin von Gästen überquillt und wenn zugleich der Besuch der DDR weiter kräftig zunimmt, kann sich jeder freuen, der ernsthaft dazu beigetragen hat, die politischen Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

Wenn die Bundesregierung Zeit und Geld dafür aufbringt, nach langer Pause wieder einen Deutschen Fremdenverkehrstag zu fördern, freuen sich alle Fachleute und rüsten sich zum sommerlichen Ausflug nach Bonn.

Man könnte diese nachsterlichen Momentaufnahmen beliebig erweitern. Fest steht, daß die Fremdenverkehrspolitik mit einer gewissen Genugtuung unbeirrt ihre Konsequenzen ziehen. Man darf feststellen: Innen-, Außen-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik in unserem Lande tragen spürbar dazu bei, daß der Wirtschaftszweig Fremdenverkehr sich ganz gewiß nicht beklagen kann.

(-/22.4.1976/Se/e/pr)

### Strukturpolitik der CSU gescheitert

Einkommensgefälle zum Zonenrandgebiet weiter erhöht

Von Hans Günter Neumann

Mitglied der SPD-Fraktion des bayerischen Landtages

Entgegen allen Erwartungen und Versprechungen der CSU und der von ihr allein regierten Münchner Staatsregierung hat sich das Einkommensgefälle zwischen dem Zonenrandgebiet und den übrigen Teilen Bayerns auch im Jahre 1974 weiter erhöht.

Aus den Mitteilungen der Staatsregierung geht hervor, daß die Arbeiter im Zonenrandgebiet 1973 rund 98 DM monatlich weniger als im bayerischen Durchschnitt verdienten. 1974 hat sich die Differenz auf 109 DM erhöht. Das Gefälle im Gehalt der Angestellten ist sogar von 295 DM auf 341 DM angewachsen.

Vergleicht man die heutigen Einkommenszahlen mit denen von 1960, so zeigt sich, daß sich in diesem Zeitraum eine Verfünfachung des Lohn- und Gehaltsgefälles zu Ungunsten des Zonenrandgebietes entwickelt hat. Gemessen an ihren eigenen Zielen und Ansprüchen ist die Strukturpolitik der CSU also ganz offenkundig gescheitert.

Wie sehr die CSU-Regierung versucht, negative Zahlen zu verdrängen, zeigt die Behandlung des Themas "Industriedichte" im Regierungsbericht über die strukturschwachen Gebiete. Während man zu Beginn lesen kann, daß in den noch unterdurchschnittlich industrialisierten Gebieten der Oberpfalz und Niederbayerns "in den vergangenen Jahren eine spürbare Steigerung der Industriedichte erreicht werden konnte", zeigt die Statistik am Ende der Broschüre genau das Gegenteil. Die Industriedichte ist demnach im Grenzgebiet der Oberpfalz binnen eines Jahres von 116 (je 1000 Einwohner im Jahr 1973) auf 112 (je 1000 Einwohner im Jahr 1974) zurückgegangen. Dasselbe gilt für die gesamte Oberpfalz.

Eine problembewußte Auseinandersetzung mit diesem schon seit Jahren sichtbaren Trend, der strukturell und nicht konjunkturbedingt ist, findet man auch in diesem Bericht nicht, obwohl die SPD schon seit langem auf dieses schwerwiegende Problem hingewiesen hat. (-/22.4.1976/ve/e/pr)

+ + +

#### Modell für gegenseitiges Vertrauen

In der Unterzeile dieses Koschnick-Artikels vom 21. April hat sich ein Fehler eingeschlichen. Es mußte natürlich heißen: "Der 'Rahmenvertrag' zwischen Bremen und Danzig". Wir bitten um Entschuldigung.

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller